



Freitag, 30. Mai 1975

Blatt 1297

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Kuratorium Wiener Pensionistenheime: Neuer Geschäftsführer bestellt

Dr. Delabro weitere fünf Jahre zum Kontrollamtsdirektor bestellt

Städtebund behandelte Finanzausgleich

Wiener Konjunkturbericht

Bodennutzungserhebung in Wien

Ehrung der Stadt Wien für Gemeinderat Lauscher

Ausstellung über die Wiener Innenstadt eröffnet

Wiener Gemeinderat

Lokal:
(orange)

Verkehrsmaßnahmen in der kommenden Woche: Endgültiger Fahrbahnbelag für Schwechat-Unterführung

Kultur:
(gelb)

Denkmalschutz-Ausstellung im Bezirksmuseum Alsergrund

Montag: Start des Markttheaters

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
 von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
 14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

staedtebund behandelte finanzausgleich

wien, 30.5. (rk) in einer unter dem vorsitz des wiener finanzreferenten, stadtrat m a y r , am dienstag in linz abgehaltenen sitzung des finanzausschusses des oesterreichischen staedtebundes wurden fragen des finanzausgleichs behandelt. unter bezugnahme auf pressemeldungen im zusammenhang mit stellungnahmen des oesterreichischen gemeindebundes und des oberoesterreichischen landeshauptmannes stellte dieses gremium des staedtebundes nach einem referat des linzer finanzdirektors dr. s e i p e l t fest, dass aus seiner sicht an eine beseitigung des abgestuften bevoelkerungsschluessels solange nicht zu denken sei, als nicht eine bessere, wissenschaftlich fundierte methode gefunden sei, die mittel aus dem finanzausgleich nach einem den groesseren aufgaben groesserer gemeinden gerecht werdenden system zu verteilen.

wie man im oesterreichischen staedtebund feststellt, gebe es im hinblick auf die unentwegt steigenden kommunalen aufgaben kaum eine gemeinde, die in der lage sei, mit den ihr zur verfuegung stehenden finanziellen mittel die berechtigten wuensche ihrer buerger zu erfuelen. die verschuldung zahlreicher gemeinden habe bereits bedenkliche ausmasse angenommen. es sei daher unverstaendlich, dass eine gemeindegruppe massnahmen zu lasten einer anderen gemeindegruppe fordere. der oesterreichische staedtebund habe bei seinen forderungen immer ein mehr an mitteln fuer die gesamtheit der gemeinden angestrebt.

was die frage eines "raumordnungsgerechten" finanzausgleichs betrifft, vertritt der staedtebund die auffassung, dass auch der gegenwaertige finanzausgleich den laendern moeglichkeiten bietet, raumordnungspolitik zu treiben. hier ist insbesondere auf den sachgerechten einsatz der bedarfszuweisungsmittel hinzuweisen und auf das erfordernis der bereitstellung von mitteln seitens der laender im rahmen bestehender oder zu schaffender fonds.

im gegebenen zusammenhang begruesst der oesterreichische staedtebund die taetigkeit einer vom bundesminister fuer finanzen

berufenen wissenschaftlichen studien-gruppe, die die ergebnisse der
finanzausgleichsregelungen in der zweiten republik analysieren und
allenfalls vorschlaege fuer neue regelungen erarbeiten soll. er
bietet dieser studien-gruppe ein hoechstmass an zusammenarbeit an
und begruesst ebenso die anregung der landeshauptmaenner aus deren
letzter sitzung, gespraechе zwischen den finanzausgleichspartnern
laufend zu fuehren. (staedtebund)

+++

k o m m u n a l :

=====

wiener konjunkturbericht

wien, 30.5. (rk) stadtrat hans mayr betonte mittwoch in einem pressegesprach ueber den konjunkturbericht 1975/2, dass vor allem die arbeitsmarktsituation noch immer durch positive vorzeichen gekennzeichnet sei. im april standen 9.461 arbeitslosen 11.798 offene stellen gegenueber. die zahl der beschaeftigten auslaender ist gegenueber dem vorjahr etwas zurueckgegangen, die zahl der beschaeftigten inlaender jedoch weit staerker gestiegen.

eine neue, geaenderte indexberechnung, die mit der aufnahme von 112 zusaetzlichen waren besser der realitaet angepasst ist, ergibt ein guenstigeres bild als der gedruckt vorliegende konjunkturbericht. die zuwachsrate des regionalen bruttonationalproduktes im vergangenen jahr erhoehrt sich dadurch von 0,6 auf 1,5 prozent.

unbefriedigend ist die wohnbauleistung, die 1974 auf 5.815 fertiggestellte wohnungen zurueckgegangen ist. eine besserung sei, wie mayr erklarte, erst naechstes jahr zu erwarten. voriges jahr wurden fast 4.800 gemeindewohnungen neu begonnen, auch die taetigkeit der wohnbaugenossenschaften hat sich wieder ausgeweitet. sehr erfreulich ist hingegen die geradezu explosive zunahme der wohnungsverbesserung: 1972 wurden 1.876 kredite vergeben, 1973 bereits 4.314 und im vorjahr 16.331. waehrend die verbesserung der wohnungen jetzt gut laeuft, gibt es bei der verbesserung der wohnhaeuser oft schwierigkeiten, weil jeweils die zustimmung aller mieter erforderlich ist. mayr schlug vor, dass man hier - bei voller beruecksichtigung des schutzes sozial schwacher - die moeglichkeit schaffen solle, einzelne durch eine qualifizierte mehrheit zu ueberstimmen.

in der gegenwaertigen situation sei es notwendig, mit allen mitteln die investitionsfreudigkeit zu foerdern. mayr sagte, dass der gestaffelte abbau der investitionssteuer - heuer 6 prozent, naechstes jahr 4 prozent, 1977 dann 2 prozent und 1978 schliesslich null - zumindest bei maschinellen investitionen bremsend wirke. auf die einnahmen aus der investitionssteuer koenne die oeffentliche hand nicht verzichten. sie setze diese einnahmen auch wieder in investitionen um. man solle sich aber ueberlegen, ob man nicht die saetze der investitionssteuer aendern solle. (st1)

+++

k o m m u n a l :

=====

bodennutzungserhebung in wien

2 wien, 30.5. (rk) eine bodennutzungserhebung findet vom 3. bis 10. juni in wien statt: sie untersucht die land- und forstwirtschaftlich genutzten flaechen nach kulturarten. im bereich der landwirtschaft werden ausserdem die angebauten fruchtsorten - etwa roggen, gerste oder hafer - erhoben.

nur stichproben werden heuer erstmals bei dieser in zweijaeurigem abstand stattfindenden untersuchung gemacht. zur auskunft verpflichtet sind die bewirtschafter von insgesamt 116 unternehmen, in denen erwerbsmaessig garten-, obst- oder weinbau betrieben wird oder die ueber land- bzw. forstwirtschaftlich genutzte flaechen von mindestens einem halben hektar verfuegen.

stichtag fuer die bodennutzungserhebung - sie wird von den magistratischen bezirksaemtern durchgefuehrt - ist der 3. juni 1975. die fuer andere gemeinden angeordnete schweine- und rinderzaehlung bzw. erhebung der hausschlachtungen findet in wien nicht statt.

in der bundeshauptstadt wurden 1974 unter anderem 31.505 tonnen hackfruechte, 7.672 tonnen weizen, 4.287 tonnen gerste und 4.133 tonnen roggen geerntet. in wien gibt es mehr als 2.000 landwirtschaftliche betriebe, die eine flaeche von rund 20.000 hektar bewirtschaften. (hs)

0931

k o m m u n a l :

=====

ehrung der stadt wien fuer gemeinderat lauscher

4 wien, 30.5. (rk) die trauerfeier fuer gemeinderat a.d. josef lauscher findet montag, den 2. juni, um 15 uhr in der feuerhalle der stadt wien in simmering statt. die urne wird in einem von der stadt wien ehrenhalber gewidmeten grab auf dem neustifter friedhof beigesetzt werden. (sti)

0951

L o k a l :

=====

verkehrsmassnahmen in der kommenden woche:

endgueltiger fahrbahnbelag fuer schwedater unterfuehrung

1 wien, 30.5. (rk) am montag kommender woche wird mit der auf-
bringung des endgueltigen fahrbahnbelages im bereich der schwedater
unterfuehrung im zuge der simmeringer hauptstrasse begonnen. die
arbeiten, die bis zum 15. juli andauern werden, werden so durchge-
fuehrt, dass jeweils eine der beiden richtungsfahrbahnen fuer den
verkehr in beiden richtungen zur verfuegung stehen wird, das heisst,
dass der durchzugsverkehr auf je eine spur pro richtung eingeengt
wird. (gt)

0928

k u l t u r :

=====

denkmalschutzausstellung im bezirksmuseum alsergrund

3 wien, 30.5. (rk) anlaesslich des internationalen denkmalschutzjahres veranstaltet das bezirksmuseum alsergrund, 9, waehringer strasse 43, im rahmen der diesjaehrigen wiener festwochen eine ausstellung, die dem denkmalschutz und der denkmalpflege gewidmet ist. die vom museumsleiter ing. alfred w o l f gestaltete schau traegt den titel "die zukunft der vergangenheit". uebersichtlich gegliedert, soll sie - vor allem den jugendlichen besucher - ueber die vier schwerpunkte des denkmalschutzes in wien, und hier im besonderen auf dem alsergrund, informieren. die vier schwerpunkte sind: der eigentliche denkmalschutz, der konventionsschutz, die altfassadenaktion und die bestehenden und geplanten schutzzonen. mit hilfe einer quadratmetergrossen luftbildaufnahme des bezirkes erhaelt der besucher einen ueberblick ueber die geschuetzten objekte. ausser grossfotos in schwarzweiss und farbe werden auch hauszeichen und fassadenteile von denkmalgeschuetzten bauwerken gezeigt.

die ausstellung wird kommenden sonntag, den 1. juni, um 11 uhr, von bezirksvorsteher karl s c h m i e d b a u e r eroeffnet werden. dipl.ing. walter b r a u n e i s vom bundesdenkmalamt wird in einer festrede zu problemen des denkmalschutzes und der denkmalpflege sprechen. die ausstellung ist bis 22. juni jeden sonntag von 10 bis 12 geoeffnet. (z1)

0934

k o m m u n a l :

=====

ausstellung ueber die wiener innenstadt eroeffnet

10 wien, 30.5. (rk) am freitag hat stadtrat ing. fritz h o f -
m a n n in vertretung von buergermeister leopold g r a t z am
stephansplatz eine ausstellung "die wiener innenstadt - aus der
werkstatt der planer" eroeffnet. wie hofmann erklarte, habe man
ganz bewusst die derzeitige werkstattphase gewaehlt, um die bevoel-
kerung mit den zielrichtungen ebenso wie mit einigen gestalterischen
moeglichkeiten fuer verschiedene plaetze und strassenteile der city
vertraut zu machen. fuer ihn sei jedenfalls im speziellen die frage
nach der gestaltung des stephansplatzes und der innenstadt insgesamt
nicht eine, die durch eine bestimmte summe geldes zu beantworten
sei, sondern ein problem, zu dessen loesung die besten kraefte des
landes herangezogen werden muessten. die stadtverwaltung, fuhr
hofmann fort, sei sich natuerlich auch bewusst, und in der ausstel-
lung wuerden auch einige beispiele gezeigt, dass in der vergangen-
heit nicht immer bloss gute loesungen gelungen seien. und auch in
zukunft wuerden sich sicherlich fehler nicht vermeiden lassen.

vor dem planungsstadtrat hatte bezirksvorsteher ing. heinrich
h e i n z die gaeste begruesst, darunter vertreter der kammer, der
geschaeftsleute der inneren stadt und der polizei und darauf hingewiesen,
dass die stadtverwaltung seiner meinung nach sich sehr bemuehe,
besonders fuer die wiener innenstadt gute loesungen zu finden.

die ausstellung ist im ehemaligen englischen leseraum am
stephansplatz 8 taeglich ausser sonntag zwischen 10 und 18 uhr zu
sehen. (gt)

1353

k u l t u r :

=====

montag: start des markttheaters

11 wien, 30.5. (rk) kommenden montag, den 2. juni, um 15 uhr, startet mit einer vorstellung des kabarets "keif" das markttheater. ort der ersten auffuehrung ist der penzinger kasinopark. der spielplan fuer den monat juni - gespielt wird in der ersten woche montag, dienstag, donnerstag, freitag und samstag, - sieht auffuehrungen des kabarets "keif", der gruppe "wiener fleisch und blut", des "ensembletheater am kaerntnertor", der "strassensaenger", des kabarett "borobyas" und des pupodroms "zirkus" vor. gespielt wird in der woche zwischen dem 2. und 7. juni ausser im penzinger kasinopark noch auf dem karmelitermarkt im 2. bezirk, dem simmeringer markt, dem dorner-markt im 17. bezirk und im konsumeinrichtungshaus voesendorf. in der zweiten woche folgen auffuehrungen auf dem hannover markt im 20. bezirk, auf dem parkplatz vor dem ekazent grossfeldsiedlung, in der ladenzeile putzendoplergasse im 23. bezirk und auf dem kardinal nagl-platz im 3. bezirk. die vorstellungen finden in der ersten woche jeweils um 15 uhr (samstag um 11 uhr) statt. jede vorstellung dauert etwa 20 minuten und wird nach einer pause von einer halben stunde wiederholt. die auffuehrungen sind frei zugaenglich. das markttheater wird plaetze und maerkte im gesamten wiener stadtgebiet bis einschliesslich 30. august fast taeglich bespielen. (may)

Kommunal:Wiener Gemeinderat
=====

Dem Wiener Gemeinderat, der Freitag unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz zusammentrat, lagen sieben Anfragen der FPÖ und zwei Anfragen der ÖVP vor. Ein Antrag der ÖVP betrifft Ergänzungen zum Sicherheitsplan, den Bürgermeister Gratz vorige Woche vorgelegt hat. Die FPÖ beantragte den Einsatz eines Informationsbusses bei beabsichtigten Änderungen des Flächenwidmungsplanes und die Schaffung eines Planungsverbandes für die Region Wien.

Für die nichtöffentliche Sitzung des Gemeinderates, die nach der öffentlichen Sitzung stattfindet, stand auch die Reorganisation des Baurings auf der Tagesordnung. Stadtrat Dr. Goller (VP) schlug vor, diesen Punkt in der öffentlichen Sitzung zu behandeln. Da Stadtrat Hans Mayr (SP) feststellte, daß daraus der Stadt Wien kein finanzieller Schaden entstehen könne, akzeptierte Bürgermeister Gratz den Vorschlag, diesen Punkt in öffentlicher Sitzung zu diskutieren.

Bodenbeschaffung

Eine lebhafte Diskussion löste der von Stadtrat Ing. Hofmann (S) vorgelegte Antrag aus, durch eine Verordnung der Landesregierung einen qualitativen Wohnungsmangel im Sinne des Bodenbeschaffungsgesetzes festzustellen. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, Grundstücke für Wohnbauten gegen angemessene Entschädigung zu enteignen, wenn der Grundbesitzer nicht selbst das Grundstück widmungsgemäß verbaut oder einen überhöhten Preis dafür verlangt.

Stadtrat Ing. Hofmann verwies darauf, daß für eine großflächige Stadterneuerung nur einige Schwerpunktgebiete in Frage kommen, in denen ein schlechter Wohnungsbestand, eine günstige Entwicklungsmöglichkeit und eine gewisse Grundstücksmobilität bestehen. Als erstes ist dafür ein Gebiet in Ottakring vorgesehen, weitere Vorschläge betreffen Gebiete in den Bezirken 2, 6, 7, 12 und 15. Dabei ist

nicht der Abbruch von Häusern und ein Neubau das Ziel, diese Möglichkeit ist aber nicht ausgeschlossen.

Die vorhandene Wohnfläche pro Einwohner ist in Wien von sechs Quadratmeter nach dem Ersten Weltkrieg auf 23 Quadratmeter im Jahr 1971 gestiegen. Städte, die sich in dieser Zeit gleichmäßiger entwickeln konnten, sind schon weiter, Zürich zum Beispiel bei 35 Quadratmetern pro Einwohner. Wollen wir das auch in Wien erreichen, so ist neben der Stadterneuerung auch künftig die Stadterweiterung mit einem Flächenbedarf von etwa einem Quadratkilometer pro Jahr notwendig.

Die Anwendung des Bodenbeschaffungsgesetzes, das vor einem Jahr von der SPÖ-Mehrheit im Parlament beschlossen wurde, soll nur in bestimmten Gebieten erfolgen, zuerst in einem Testgebiet im 23. Bezirk. Sie ist möglich, weil in Wien mehr als ein Drittel aller Wohnungen mangelhaft ausgestattet ist.

In der Debatte anerkannten alle drei Parteien, daß die Stadterneuerung Vorrang vor der Stadterweiterung haben muß. Die Sprecher der ÖVP und der FPÖ lehnten allerdings den Antrag ab, weil er eine Blankovollmacht für Enteignungen darstelle.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte, daß die Stadterneuerung nur zögernd in Angriff genommen werde. Das Schwergewicht liege, nach wie vor bei der uferlosen Stadterweiterung. Schlechte Wohnungen werden aber nicht besser, wenn man an der Peripherie neue Wohnsilos baue. Bevor man an Enteignungen denke, müsse die Stadt Wien erst einmal ihren eigenen Bodenbesitz offenlegen.

GR. Dr. Mayr (ÖVP) bezeichnete das Bodenbeschaffungsgesetz als reines Enteignungsgesetz, das deshalb nicht die Zustimmung der ÖVP finden könne. Die SPÖ solle nicht die Enteignung verharmlosend als Rute im Fenster bezeichnen, wenn sie in Wirklichkeit die Sozialisierung des Bodens anstrebe. Die Untersuchung in Ottakring habe ergeben, daß es notwendig sei, im Assanierungsgebiet jemand zu haben, der Rat und Auskunft erteile, daß die Mieter in ihrem Wohngebiet bleiben wollen und daß durchaus die Bereitschaft vorhanden sei, selbst etwas beizutragen, wenn Planungssicherheit für die Zukunft bestehe.

Auf die überproportionale Erhöhung der Baupreise in den beiden letzten Jahrzehnten verwies GR. Schemer (SPÖ). Der Mangel an Baugrund ermögliche manchen Spekulanten eine geradezu monopolartige Stellung. Die SPÖ sei schon immer dafür eingetreten, der gemeinnützigen Bodennutzung den Vorrang vor den Interessen einzelner einzuräumen. Der Redner führte Beispiele im 23. Bezirk an, wo einzelne Grundeigentümer mit der Forderung von untragbaren Preisen und auch der Ablehnung von Tauschgrundstücken bisher Wohnbauten verhindert haben. Enteignungsverfahren nach der Bauordnung erwiesen sich in diesen Fällen als undurchführbar. Er warf der ÖVP vor, mit ihrer Ablehnung des Bodenbeschaffungsgesetzes wolle sie den sozialen Wohnbau umbringen. In Programmen bekenne sich die ÖVP zu einer fortschrittlichen Bodenpolitik, in der Praxis stehe sie auf seiten jener Grundeigentümer, die spekulative Geschäfte auf Kosten der Allgemeinheit machen wollen.

GR. Hahn (ÖVP) warf der Mehrheit vor, immer weniger Geld für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. 1967 seien es 834 Millionen gewesen, 1972 nur 300 Millionen, 1974 dann 670 Millionen. Das große Loch sei 1971 entstanden, als nur 3.771 Gemeindewohnungen beschlossen wurden. 1974 habe der Wohnauförderungsbeirat mehr als 18.000 geplante Wohnungen positiv beurteilt. Das zeige, daß nicht der Grundstückmangel das wesentliche Hindernis für die geringe Bautätigkeit in den vorherigen Jahren gewesen sei.

Stadtrat Ing. Hofmann wies den Vorwurf zurück, daß mit dem vorliegenden Antrag eine Blankovollmacht erteilt werden solle. Aufgrund der Verordnung der Landesregierung müsse dann in jedem Einzelfall ein Beschluß gefaßt werden.

Abstimmung: Von der SPÖ-Mehrheit beschlossen. (sti)

1,5 Millionen für kulturelle Aktivierungskampagne

Förderungszuschüsse in der Höhe von 1,5 Millionen S zur Durchführung einer kulturellen Aktivierungskampagne durch den Verband Wiener Volksbildungswerk und die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik beantragte GR. Hermine Fiala (SPÖ) als Berichterstatterin. Als erster Debattenredner kritisierte

GR. Prof. Bittner (ÖVP), daß der vorgelegte Akt mangels detaillierter Aufschlüsse über diese Aktionen eine echte Entscheidung für seine Fraktion unmöglich gemacht habe. Dieser Mangel habe schon im zuständigen Gemeinderatsausschuß zu einer Ablehnung durch die ÖVP-Mandatare geführt. Umso bedauerlicher sei es, daß er auch mittlerweile nicht behoben wurde. Die mündlich erfolgte, detaillierte Information durch Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner in der Ausschusssitzung könne nicht die alleinige Entscheidungsgrundlage sein. Außerdem sei seine Fraktion der Ansicht, daß man sich für die Durchführung dieser Aktivitäten Institutionen bedienen hätte sollen, wie die Volksbildungshäuser, die solche Programme immer schon - allerdings ohne großen Spektakel - durchgeführt hätten. Aus diesen Gründen könne seine Fraktion den vorliegenden Anträgen nicht zustimmen.

GR. Wiesinger (SPÖ) betonte in seiner Antwortrede, daß dieser formale Grund für die Ablehnung nicht stichhältig sei, da Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner den ÖVP-Mitgliedern des zuständigen Gemeinderatsausschusses in der Ausschusssitzung detaillierte Auskunft gegeben habe. Er könne sich vorstellen, daß bei einem besseren Informationsfluß zwischen den ÖVP-Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses III und der Gesamt-ÖVP-Fraktion die heutige Ablehnung aus formalen Gründen nicht nötig gewesen wäre. Als Vorsitzender des Verbandes der Wiener Volksbildung stelle er fest, daß - wie Beispiele in der Vergangenheit immer wieder gezeigt hätten - die Volksbildungshäuser aus personellen Gründen nicht in der Lage seien, solche Aktivierungsprogramme mit dem für den breiten Erfolg nötigen Ausmaß an Werbung und Management durchzuführen.

Grundsätzlich sei zu dieser Aktivierungskampagne zu bemerken, daß die Demokratisierung des Zuganges zu Kultur- und Bildungseinrichtungen nicht auch automatisch die tatsächliche Inanspruchnahme mit sich bringe. Gerade die Anregung zu eigener kreativer Tätigkeit bedürfe einer verstärkten Information und Motivation der Bevölkerung. Dies zu gewährleisten, sei eben nun Aufgabe des Aktivierungsexperimentes, das natürlich wie alle Experimente nicht bereits vollkommen sein könne. Die beiden mit

der Durchführung beauftragten Gesellschaften wiesen aber durch das Fehlen jeder Verbindung zum Kommerz eine überaus wichtige Voraussetzung für die beabsichtigten Aktivitäten auf.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (may)

Institut für Ehe- und Familientherapie

GR. Johanna Dohnal (SPÖ) stellte als Berichterstatterin den Antrag, die Magistratsabteilung 12 zu ermächtigen, mit dem Verein Wiener Sozialdienste eine Vereinbarung über die Errichtung und Führung eines Instituts für Ehe- und Familientherapie der Stadt Wien zu schließen. Die bereits bestehenden Stellen für Ehe- und Familientherapie in der Gonzagagasse und in der Meidlinger Hauptstraße seien bereits so frequentiert, daß es nicht mehr möglich ist, den Betrieb zu bewältigen. Das neue Institut werde unter Leitung von Univ-Prof. Dr. Strotzka stehen und auch Aufgaben der wissenschaftlichen Forschung und Dokumentation übernehmen.

In der Debatte bezeichnete GR. Dr. Marlies Flemming (ÖVP) die Schaffung des neuen Instituts als begrüßenswert. Sie wies darauf hin, daß die Öffnungszeiten der Ehe- und Familienberatungsstellen in der Gonzagagasse und in Meidling nicht dem Bedarf entsprechen. Auch habe es die Gemeinde Wien bisher unterlassen, entsprechende Planposten für Psychiater, Psychologen und Sozialarbeiter zu schaffen. Meist würden diese Funktionen in nebenberuflicher Arbeit ausgeübt. Dr. Flemming stellte in diesem Zusammenhang die Frage, wie dies im zukünftigen Institut vorgesehen sei. Die Gründe dafür, daß so viele Leute psychotherapeutisch behandelt werden müßten, lägen in unserer Konsumgesellschaft mit ihrem Streß. In den letzten Jahren sei jedoch im Gemeinderat keine Diskussion über derartige familienpolitische Belange durchgeführt worden. Die Debattenrednerin wies auf die Wohnbaupolitik der Rathausmehrheit hin, die es den Kindern nicht ermöglicht, ihre Eltern zu sich zu nehmen, im Zusammenhang mit den Scheidungen meinte sie, daß so manche Ehe hätte gerettet werden können, wenn von der Stadt Wien die nötigen Hilfen gegeben worden wären. Doch ein familienpolitisches Konzept sei die Mehr-

heit des Hauses bisher schuldig geblieben. Dr. Flemming stellte schließlich drei Anträge: Es mögen Förderungsrichtlinien für eine Haushaltsgründungsbeihilfe ausgearbeitet werden, man möge im Rahmen der Dienstordnung der Stadt Wien eine Regelung für Teilzeitarbeit ausarbeiten lassen und ferner solle von der Stadtverwaltung für eine genügende Anzahl von Heimplätzen für Kinder von alleinstehenden Müttern gesorgt werden.

Stadtrat Dr. Stacher bezeichnete es als unrichtig, daß in familienpolitischer Hinsicht nichts geschieht. Es gäbe überdies nicht nur die Familienberatungsstellen in der Gonzagagasse und in Meidling, sondern auch Beratungsstellen in Spitälern und im 22. Bezirk. Der Antrag zur Schaffung des neuen Instituts sei ein weiterer Beitrag in dieser Richtung.

In ihrem Schlußwort erklärte GR. Dohnal, daß im neuen Institut sowohl hauptamtliche als auch nebenberufliche Mitarbeiter zur Verfügung stehen werden. Einem weiteren Ausbau des Instituts - die Praxis werde zeigen, ob dies notwendig ist - sei jederzeit möglich. Im übrigen habe es bei jeder einzelnen Maßnahme im Gemeinderat stets familienpolitische Debatten gegeben.

Abstimmung: Der Antrag auf Schaffung des neuen Instituts wurde einstimmig angenommen.

Die drei ÖVP-Anträge wurden einstimmig den zuständigen Gemeinderatsausschüssen I, II und III zugewiesen.

Seniorenwochen

GR. Windhab (SPÖ) stellte den Antrag, die Magistratsabteilung 12 zu ermächtigen, die zur Durchführung von Seniorenwochen in der Zeit vom 17. bis 31. August erforderlichen Verträge abzuschließen. Im Rahmen dieser Wochen sollen die älteren Leute in Wien über die sozialen Dienste der Stadt informiert werden und bei Bezirksveranstaltungen, die von den Bezirksvorstehern organisiert werden, bei zentralen Veranstaltungen durch Vorträge Anregungen für Hobbies usw. erhalten.

GR. Krenn (FPÖ) bezeichnete die Information der älteren Generation als notwendig, machte jedoch eine Zustimmung seiner Fraktion davon abhängig, daß bei den verschiedenen Veranstaltungen in der Wiener Stadthalle, auf dem WIG-Gelände, usw. Vortragende

aus allen Lagern eingesetzt werden. GR. Windhab bestätigte, daß die Vortragenden (Ärzte, Gartenfachleute, Ernährungswissenschaftler, Politiker, usw. einen Querschnitt durch alle Parteien darstellen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (am)

Zuwandererfonds

Stadtrat Hans Mayr (SPÖ) beantragte, dem Zuwandererfonds für seine Tätigkeit 2,4 Millionen S für den Personalaufwand und 600.000 S für den Sachaufwand zur Verfügung zu stellen.

GR. Krenn (FPÖ) erhob grundsätzliche Einwendungen gegen den Fonds und seine Zielsetzung. Besonders wandte er sich gegen die Bereitstellung modernisierter Altwohnungen für Zuwanderer. In einer Anfrage verlangte er genaue Auskünfte über die Hauskäufe des Zuwandererfonds, über die Verantwortung dafür und über die Verluste, die die Stadt Wien erlitten hat.

GR. Daller (ÖVP) erinnerte daran, daß von 1962 bis 1971 die Zahl der beschäftigten Inländer in Wien um mehr als 90.000 gesunken ist. Aus wirtschaftlichen Gründen könne man deshalb gegen die Beschäftigung von Ausländern nichts einwenden. Allerdings entstünden dadurch auch wachsende Probleme. Der Zuwandererfonds sei deshalb sehr wichtig. Grundsätzlich sei anerkannt, daß er sich auch mit der Wohnraumbeschaffung zu befassen habe. Völlig unverständlich sei jedoch die exorbitante Überbezahlung bei Hauskäufen des Fonds, die allein bei fünf Häusern fast sechs Millionen S ausgemacht habe. Der Geschäftsführer habe nicht ohne die Zustimmung der maßgeblichen SP-Funktionäre handeln können. Eine genaue Untersuchung und die Wiedergutmachung durch den Schädiger seien notwendig.

Stadtrat Mayr erklärte, alle hätten gewußt, daß der Zuwandererfonds einen Modellversuch durchführe, wie man in abgewohnten Häusern zumutbare Wohnungen für Gastarbeiter schaffen könne. Über Einzelheiten der Durchführung sei der Vorstand des Fonds vorher nicht und nachher nur oberflächlich informiert worden. Rein rechnerisch entstehe kein Verlust, weil die Kosten der Häuser und ihrer Adaptierung durch die Mieten amortisiert würden. Bei einem Kauf um den Schätzwert wären die finanziellen

Bedingungen für die Mieter etwas günstiger gewesen. Die Stadtverwaltung habe von sich aus, lange vor den ersten Meldungen in der Öffentlichkeit, alles getan, um die Dinge in Ordnung zu bringen. Bereits Anfang Jänner habe er, Mayr, das Kontrollamt eingeschaltet, dann zwei unabhängige Sachverständige. Auf Grund der Unterlagen habe der Vorstand einstimmig dann beschlossen, den Geschäftsführer ab sofort unter Sperrung der Bezüge außer Dienst zu stellen, das gesamte Material der Statsanwaltschaft zu übermitteln und die gemeinsame Geschäftsstelle der drei Fonds - Zuwanderer, Pensionistenheim, Jugendheime aufzulösen. Man solle jetzt aber das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Um die Leistungskraft der Wiener Wirtschaft aufrechtzuerhalten, sei die Beschäftigung von Ausländern unbedingt nötig. Auch das Bemühen um die Wohnraumbeschaffung sei erforderlich. Entschieden wandte sich Mayr gegen den Vorwurf, daß es dabei eine Bevorzugung von Ausländern gegeben habe: Es seien im Modellversuch nicht einmal 200 Wohnungen in Häusern, die von Wienern nicht mehr akzeptiert werden, zur Verfügung gestellt worden. Die Wohnungsfrage sei besonders bei der Zuwanderung von Arbeitskräften aus anderen österreichischen Bundesländern wichtig. Diese innerösterreichische Zuwanderung sei nun auf Grund der Beschäftigungslage in größerem Umfang möglich, werde aber durch das Wohnungsproblem sehr behindert.

Abstimmung: Von SPÖ und ÖVP beschlossen. (sti)

Neugliederung des Bauring

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) referierte anschließend über eine Neugliederung der Bauring-Gesellschaft in der Form, daß die Montagebau ausgegliedert und als eigene Gesellschaft "Fertigteilbau Wien-GesmbH" zu maximal 50 Prozent an private Partner verkauft werden solle.

Als erster Debattenredner erklärte GR. Dkfm. Bauer (FPÖ), diese Teilprivatisierung sei gleichsam die letzte Möglichkeit, zu retten, was noch zu retten sei. Zugleich sei es auch ein Eingeständnis über das Scheitern eines gemeinwirtschaftlichen Betriebes. Und überdies das erste Abgehen in Theorie und Praxis von der von den Sozialisten im Rathaus vertretenen Idee, die Kommune solle eine möglichst umfassende eigene Wirtschaftstätigkeit entfalten.

Man werde allerdings, fuhr Bauer fort, vermutlich eine Enttäuschung über den Verkaufserlös insoferne erleben, als dieser nur einen Bruchteil der Verluste der letzten Jahre werde decken können. Wahrscheinlich werde der Erlös nicht einmal ausreichen, um die Verluste aus der Affäre Beficor zu decken.

Für die ÖVP sprach sich Stadtrat Dr. Günther Goller ebenfalls für diese Neugliederung aus. Zudem begrüßte er es, daß die neue Fertigteilgesellschaft auch neue Baumethoden anwenden solle, weil das Camus-System bereits veraltet sei. Obwohl die Montagebaugesellschaft seinerzeit alle Vorteile eines monopolistisch geführten Unternehmens durch die Gemeinde Wien erhalten habe, sei sie nie den ursprünglichen Erwartungen, jährlich 2.000 Wohnungen zu bauen, nachgekommen. Was die Frage der Schuldenabstattung durch den Erlös aus dem Verkauf angehe, so müsse festgehalten werden, erklärte Goller, daß das Debakel des Arabien-Geschäftes ausschließlich durch die SPÖ verantwortet werden müsse und die ÖVP auch eventuell weiteren Zahlungen nach Arabien, man spreche von etwa 200 Millionen Schilling, ebenfalls nicht zustimmen werde. Leider habe es auch im Inland Skandale gegeben, wie die diversen Bürgschaften sie darstellten. Hätte man einen Antrag seiner Fraktion entsprechend, bereits im Juni 1973 das Kontrollamt mit einer Prüfung beauftragt, hätte einiges vermieden werden können.

Von all diesen Vorgängen, meinte Goller, solle der Vorsitzende des Aufsichtsrates nichts gewußt haben? Der Vorsitzende habe beispielsweise in jenem Jahr, in denen die Verträge mit Saudi-Arabien abgeschlossen worden seien, nicht einmal eine Sitzung einberufen. Und im Vormonat, als man über die Übernahme diverser Bürgschaften im Gemeinderat debattiert habe, habe der Vorsitzende des Aufsichtsrates nicht die Behauptungen bestritten, Zustimmungen seinerzeit gegeben zu haben. Dies alles sei Grund genug, daß der Vorsitzende aus dem Aufsichtsrat ausscheide. Seine Fraktion habe lange auf diese Konsequenz durch die SPÖ gewartet, erklärte Goller. Er brachte einen Antrag ein, der Bürgermeister solle eine Generalversammlung des Gesellschafters einberufen, bei der Reinhold Suttner als Aufsichtsratsvorsitzender abberufen werden solle. Außerdem solle Vorsorge getroffen werden, damit Suttner nicht dem neuen Aufsichtsrat der neuen Fertigteilgesellschaft angehören könne.

Denn unter Suttner habe der Bauring alles andere als eine glückliche Entwicklung genommen und man müsse damit rechnen, daß die Verluste etwa 800 Millionen Schilling, also das Vierfache des Stammkapitals, ausmachen würden.

GR. Busta (SPÖ) erinnerte an die Zeit der Gründung der Montagebaugesellschaft und erklärte, damals sei auf diesem Sektor von Privatinitiative nichts bemerkt worden. Das Umdenken auch unter den Mandataren im Gemeinderat, der Stadterneuerung vor einer weiteren Stadterweiterung den Vorzug zu geben, habe natürlich auf Betriebe für Großserien Folgen. Das Verlangen der ÖVP, den ursprünglich für die nichtöffentliche Sitzung vorgesehenen Akt in der öffentlichen Gemeinderatssitzung zu behandeln, sei wohl nur so zu erklären, um den Antrag über die Abberufung Suttners einbringen zu können. Denn neue Gesichtspunkte gebe es überhaupt nicht.

Als letzter Debattenredner meldete sich Bürgermeister Leopold Gratz zu Wort. Der Antrag der ÖVP sei schließlich direkt an ihn gerichtet, der laut Verfassung die Interessen der Stadt zu wahren habe. Er sei über die Holding sehr froh, meinte Gratz, weil sie ein wichtiges Instrument bei der Führung der Wirtschaftsbetriebe darstelle. Denn weder der Bürgermeister noch ein Stadtrat können doch ernstlich behaupten, alle Pflichten nach dem Handelsrecht wirklich voll ausüben zu können. So müsse er an manchen Tagen 200 Geschäftsstücke über Grundtransaktionen unterschreiben, weil die Stadtverfassung ihm dies auferlege. Aber selbstverständlich sei dies eine reine Formalverantwortlichkeit und nicht mehr, erklärte Gratz. Aus diesem Grund habe man ja auch die Holding gegründet, um nicht bloß nachträglich eine Kontrolle durch das Kontrollamt ausüben zu können.

Was den Antrag der ÖVP angehe, so sei dies eine sehr ernste Sache. Es seien Behauptungen und Feststellungen getroffen und schließlich eine Schlußfolgerung gezogen worden, die impliziert, Reinhold Suttner habe als Vorsitzender des Aufsichtsrates gegen die Interessen der Stadt gehandelt. Seiner Meinung nach solle man formal einwandfreie Handlungen gekoppelt mit Implikationen und Andeutungen unter allen Umständen unterlassen, wenn damit die Ehre eines Mannes angetastet werde. Man müsse sich überlegen, solches

ohne alle Beweise, wie im vorliegenden Falle, zu tun. Er sei jedenfalls nicht bereit, erklärte Gratz, den Antrag zu befolgen. Denn unabhängig von jeder Fraktionszugehörigkeit werde er jederzeit jedes Mitglied des Gemeinderates verteidigen, wenn es in seiner Ehre angegriffen werde.

Im Schlußwort erklärte GR. Ing. Hofstetter, der Vorsitzende des Aufsichtsrates habe nichts über die Bürgschaften gewußt, weil die Geschäftsführer unvollständige Informationen gegeben hätten. Er empfehle, den Antrag der ÖVP nicht, wie dies verlangt worden ist, zur Behandlung an den Bürgermeister weiterzuleiten.

Abstimmung: Die Neugliederung des Baurings wurde einstimmig gutgeheißen, der ÖVP-Antrag blieb mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ in der Minderheit.(gt)

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

k o m m u n a l :

=====

dr. delabro auf weitere fuenf jahre zum kontrollamtsdirektor
bestellt

15 wien, 30.5. (rk) einstimmig genehmigte der wiener gemeinderat den vorschlag von buergermeister leopold g r a t z , den bisherigen direktor des kontrollamtes, dr. fritz d e l a b r o , auf weitere fuenf jahre fuer dieses amt zu bestellen. dr. delabro war mit wirksamkeit vom 17. Juni 1970 mit der leitung des kontrollamtes betraut worden. diese funktionsperiode ist mit jeweils fuenf jahren befristet. (smo)

1632

kuratorium wiener pensionistenheime:

neuer geschaeftsfuehrer bestellt

16 wien, 30.5. (rk) der vorstand des fonds "kuratorium wiener pensionistenheime" hielt freitag unter dem vorsitz seines praesidenten, gesundheits- und sozialstadtrat prof. dr. alois s t a c h e r , eine sitzung ab. dabei wurde beschlossen, die gemeinsame geschaeftsstelle fuer die beiden kuratorien "wiener pensionistenheime" und "wiener jugendheime" und des wiener zuwandererfonds aufzulassen und eine eigene geschaeftsstelle fuer das kuratorium wiener pensionistenheime zu installieren. an stelle des bisherigen gemeinsamen geschaeftsfuehrers rudolf o b e r - h o f e r wurde einstimmig gr. herbert d i n h o f als hauptamtlicher geschaeftsfuehrer des kuratoriums wiener pensionistenheime bestellt. (z1)

1634